

# Wie zivil kann Sicherheitspolitik sein?

Nach einem fast zweijährigen Diskussionsprozess hat die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden (BRD) 2013 einen friedensethischen Beschluss mit dem Ziel gefasst, eine Kirche des gerechten Friedens zu werden. Teil dieses Beschlusses war es, analog dem bundesdeutschen Ausstiegsgesetz aus der atomaren Energiegewinnung ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen. Dafür wurde eine breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt. 2018 legte diese ihren Bericht vor: «Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040».

/ Ruedi Tobler /

Aus Schweizer Sicht reibt man sich die Augen. Eine Landeskirche als Friedenskirche – und dies nicht im Sinne der Rechtfertigung der militärischen Landesverteidigung –, kann es das geben? Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) konnte sich nicht einmal zu einer Stellungnahme zur Kriegsgeschäftsinitiative durchringen, die am 29. November zur Abstimmung gekommen ist.

Auch die Stellungnahme für die Konzernverantwortungsinitiative (Respektierung der Menschenrechte auch bei internationalen Geschäften) hat zu heftigen Anfeindungen geführt, und es kam an mehreren Orten zu Prozessen gegen Kirchen und kirchliche Institutionen, nachdem Fahnen für die Initiative aufgehängt worden waren. Der Status als Staatskirche führt dazu, dass die bürgerlichen Financiers immer mal wieder darauf pochen, die Kirche habe sich um das Seelenheil der Einzelnen zu kümmern und Gesellschaftspolitisches, vor allem aber Geschäfte, der Wirtschaft zu überlassen.

## Göttliche Viergestaltigkeit beim SEK

Die göttliche Dreifaltigkeit ist in der Schweiz längst zur Viergestaltigkeit geworden, indem die Armee göttliche Weihen erhalten hat. Haben nicht Gott und die Armee Hand in Hand die Schweiz vor den beiden Weltkriegen verschont? So war es vor gut zehn Jahren schon eine grosse Verneigung vor den PazifistInnen, dass der SEK die Waffenausfuhrverbots-

initiative nicht in Bausch und Bogen verworfen, sondern zugestanden hatte, dass aus einer christlichen Haltung heraus für die Initiative gestimmt werden könne – aber: «Die sozialetische Position des SEK besteht dabei über Jahrzehnte hinweg konsequent in einem Plädoyer für Zwischenlösungen. Auch in der Vergangenheit sprach sich der SEK nicht für ein generelles Verbot der Ausfuhr von Rüstungsgütern aus. (...) Ein generelles Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial kann im derzeitigen schweizerischen Kontext einer bewaffneten Selbstverteidigung nicht gerechtfertigt werden. Dies ist ein grundsätzlicher Einwand gegen die Initiative.»

## Es weht ein Geist des Friedens...

Anzumerken ist, dass es auf katholischer Seite anders getönt hat. *Justitia et Pax* setzte sich unmissverständlich für das Waffenausfuhrverbot ein: «Auf der Grundlage der oben ausgeführten ethischen Überlegungen und der besonderen Verantwortung der Kirchen für Frieden und Gerechtigkeit und im Bewusstsein, dass Kriege niemals Konflikte lösen können, empfiehlt *Justitia et Pax* ein Ja bei der Abstimmung über ein Exportverbot von Kriegsmaterial.» Offensichtlich gehört für den SEK die bewaffnete Selbstverteidigung immer noch zum Kerngehalt seines Glaubensbekenntnisses. Der Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung bleibt für ihn Häresie.

Wie erfrischend ist es da, den Geist des gerechten Friedens zu spüren, der von einem benachbarten deutschen Bundesland her zu uns herüberweht. Da derzeit keine grösseren Veranstaltungen möglich sind, stellen wir das Konzept in einem Dossier vor. Dafür können wir uns auf unsere deutsche Schwesterzeitschrift *FriedensForum* abstützen, die es diesen Sommer zum Titelthema gemacht hat (siehe Kasten Seite 25). Sie hat uns erlaubt, die nachstehenden Texte zu übernehmen. Es sind dies eine Kurzdarstellung des Szenarios von Janika Hoppe (Seite 21), kritische Anmerkungen von Otmar Steinbicker (Seite 22) und von Christine Schweitzer (Seite 23) sowie ein Interview mit Stefan Maaß (Seite 25). Die Buchvorstellung von Thomas Carl Schwoerer (Seite 20) stammt aus der Zeitschrift *Zivilcourage* 1-2019.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT  
75 JAHRE ❖ 1945 – 2020

## Die SFR-Jubiläumsveranstaltung vom 4. Dezember 2020 musste verschoben werden!

Vom Konzept «Sicherheit neu denken» haben wir dank der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Durchführung des Bodensee-Friedensweges am Ostermontag erfahren, der dieses Jahr in Überlingen hätte stattfinden sollen – und hoffentlich am 5. April 2021 nachgeholt werden kann –, mit dem Hauptreferat von Theodor Ziegler zum Thema: «Sicherheit ohne Waffen – 2040 keine Bundeswehr mehr». Die Durchführung war coronabedingt nicht möglich; sein Referatstext ist jedoch auf der Ostermarsch-Website zu finden: [www.bodensee-friedensweg.org](http://www.bodensee-friedensweg.org).

Aber das Thema hat uns gepackt. Deshalb planten wir die Veranstaltung zum 75-Jahr-Jubiläum des Friedensrates am 4. Dezember 2020 dazu, auch mit Theodor Ziegler als Hauptreferenten und Barbara Haering – langjährige Präsidentin der friedenspolitischen Initiativen und Nationalrätin – mit Rückfragen zum deutschen Szenario und Impulsen für die schweizerische Sicherheits- und Friedenspolitik. Unter der Leitung von Anna Leissing, Geschäftsleiterin des KOFF, und mit einem Fazit für die Friedenspolitik in der Schweiz von Markus Heiniger, u.a. ehemaliger Geschäftsleiter des SFR.

Coronabedingt müssen wir die Veranstaltung am 4. Dezember 2020 in Zürich absagen! Aber wir wollen diese Veranstaltung nicht einfach ausfallen lassen, sondern hoffentlich im Frühjahr 2021 nachholen.

Schweizerischer Friedensrat

# Sicherheit neu denken

Kein Text der letzten zwei, drei Jahre hat mich so begeistert wie das Buch «Sicherheit neu denken» aus der Friedensbewegung. Es verspricht eine breit vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung und könnte dementsprechend auch «Netzplan für eine Welt ohne Militär» heissen.

/ Thomas Carl Schwoerer /

«Sicherheit neu denken» entfaltet eine positive Vision, die klar aufzeigt, warum und in welchen Schritten wir auf das Militär verzichten können (und welche negativen Folgen entstehen, wenn wir diese Chance nicht wahrnehmen). Wir benötigen diese Vision dringend, weil sich unsere AdressatInnen politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen. Die Grundidee: In 20 Jahren gibt es keine Bundeswehr mehr und auch kein Militär in drei anderen europäischen Ländern. Stattdessen werden die kollektiven Sicherheitssysteme gestärkt, die alle Probleme zwischen Blöcken und Nationen insbesondere durch Verhandlungen und Mediation regeln. Der Hauptweg zu diesem Wandel sind Abrüstung, Konversion und Stärkung der Vereinten Nationen.

## Schritt für Schritt bis 2040 umsetzen

Das Buch ist beeindruckend gut durchdacht und formuliert, mit sehr konkreten Vorschlägen dafür, wie das erwähnte Ziel Schritt für Schritt bis 2040 zu erreichen ist. Diese Schritte sind da, wo es hilfreich ist, mit Zahlen und spannenden Studien unterfüttert, und knüpfen neben aller nötigen Kritik klugerweise an die wenigen bestehenden Stärken an, die beispielsweise das (bundesdeutsche) Auswärtige Amt mit der Entsendung von Friedensfachkräften aufweist. Die Schritte sind bei aller Konkretion hinreichend flexibel gestaltet, um im Laufe der Zeit eine eventuell nötige Umorientierung zu gestatten.

Das Buch zeugt von einem bemerkenswerten psychologischen Einfühlungsvermögen in die Vorstellungen von Andersdenkenden, etwa indem es von Anfang an die positiv besetzten Begriffe «Sicherheit» und «Verantwortung» in

den Mittelpunkt stellt und im Sinne des politischen Pazifismus umwidmet.

Das wichtigste postulierte Nahziel ist ein Beschluss des deutschen Bundestags im Jahre 2025, was eine starke Bearbeitung einer Vielzahl von WahlkreiskandidatInnen ab Mitte 2020 im Vorfeld der nächsten turnusmässigen Bundestagswahl voraussetzt. Dieser Beschluss sieht vor, dass Deutschland in Kooperation mit drei anderen europäischen Ländern eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik entwickelt, die auf den fünf Säulen gerechte Aussenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie sowie Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie beruht (siehe Seite 21).



Zu «Sicherheit neu denken» gibt es eine Website mit vielfältigen Unterlagen, Hinweisen auf Veranstaltungen und Publikationen zum Thema: [www.sicherheitneudenken.de](http://www.sicherheitneudenken.de). Dort kann die ausführliche Version des Konzepts heruntergeladen werden:

Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht (Hrsg.): **Sicherheit neu denken**. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040. Karlsruhe 2018, 165 Seiten, 9,95 Euro. Die 36-seitige Kurzfassung ist ebenfalls dort zu finden.

Da die Bestellung in Deutschland umständlich ist, können sowohl die ausführliche Version von «Sicherheit neu denken» (Fr. 12.–), die Kurzfassung (Fr. 2.–) und die Ausgabe 4/2020 des *Friedens-Forums* (Schwerpunkt «Sicherheit neu denken», (Fr. 6.–) beim Sekretariat des SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, [info@friedensrat.ch](mailto:info@friedensrat.ch) bestellt werden.

## Nachhaltige zivile Sicherheitspolitik

Zum Aufbau des Buches: Nach einer ausführlichen Einleitung erfolgt eine knappe Analyse zunächst der Bedrohungen und Gefahren, dann der positiven Entwicklungen. Den breitesten Raum nimmt das anzustrebende Positivszenario «Nachhaltige zivile Sicherheit» in weitgehend chronologischer Reihenfolge ein, das die erwähnten fünf Säulen unterschiedlich umfangreich vorstellt. Den Abschluss dieses Teils bilden die «Meilensteine der Entwicklung von 2018 bis 2040» und «Zivile Sicherheitspolitik in Zahlen». Am Ende des Buches stehen auf je fünf Seiten das (die derzeit herrschenden Bedingungen fortschreibende) Trendszenario «Schleichende Militarisation» und das (noch üblere) Negativszenario «Nahe am Abgrund».

Um breite gesellschaftliche Kreise anzusprechen, ist das Buch nicht überall widerspruchsfrei, etwa indem einerseits von ausschliesslich unbewaffneten internationalen Einsätzen die Rede ist und andererseits von einer Art Weltpolizei, die wohl bewaffnet wäre. Immerhin arbeiten die AutorInnen sauber die Unterschiede zwischen polizeilichen und militärischen Kräften heraus.

## Vorerst Übergangs-Doppelherrschaft

Zweitens plädieren sie für eine – nicht-militärische – weitere Mitgliedschaft in der Nato in einer Übergangszeit, bei gleichzeitigem Einwirken auf die Mitgliedsländer im Sinne der zivilen Sicherheitspolitik. Das entspricht der Grundfigur der Doppelherrschaft: Parallel zu den bisherigen militärischen kommen zivile Denkweisen und Strukturen hinzu, die schrittweise zu stärken sind. Ein Beispiel könnte ein Zivilattaché in jeder Botschaft sein, in denen bisher ausschliesslich Militärattachés vorhanden sind.

Bei aller nötigen Diskussion dieser Herangehensweise wäre es derzeit nicht produktiv, über die Frage Nato – ja oder nein im Sinne einer reinen Lehre zu streiten und deswegen auf eine Mitarbeit in diesem Bündnis zu verzichten. Stattdessen empfiehlt es sich, das Verbindende statt des Trennenden zu benennen und zu betonen. Es wird ein langer Weg, die Ideen dieses Buches in die Tat umzusetzen, zumal der Widerstand dagegen aus den politischen Eliten und der Rüstungsindustrie gross sein dürfte. Der Einsatz dafür wird sich aber lohnen.

**Thomas Carl Schwoerer** ist Verleger und Autor. Er arbeitet für die DFG-VK in der Arbeitsgruppe zur Vernetzung von «Sicherheit neu denken» mit.



# Das Szenario in Kürze

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete oder gegen bestimmte Militäreinsätze und gegen Atomwaffen ist. Doch nach wie vor spielen diese Themen bei den Bundestagswahlen eine untergeordnete Rolle.

/ Janika Hoppe /

Der Widerspruch liegt vor allem an dem nach wie vor herrschenden Vertrauen in den Mythos der schützenden militärischen Gewalt und auch an der Unkenntnis von Alternativen. Die gegenwärtige Situation zeigt jedoch, dass militärische Friedenssicherung nicht zielführend wirkt, sondern kriegerische Auseinandersetzungen eher noch fördert. Dabei ist ein kompletter Umstieg zu ziviler Sicherheitspolitik möglich.

Eine Arbeitsgruppe der Evangelischen Landeskirche in Baden hat ein alternatives Konzept der Friedenssicherung entwickelt. Das Szenario «Sicherheit neu denken» zeigt auf, wie ein Umstieg von der militärischen zu einer gewaltfreien Friedenssicherung aussehen kann. Dabei sollen insbesondere finanzielle Mittel bis zum Jahr 2040 in die zivile Krisenprävention anstatt in die Bundeswehr investiert und langfristig umgelenkt werden, um den Übergang zur zivilen Verteidigung zu schaffen. Das Ziel ist die Möglichkeit der gewaltfreien Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft.

## Die fünf Säulen des Szenarios

**1. Gerechte Aussenbeziehungen.** Einen wichtigen und präventiven Beitrag zur Sicherheit leisten gerechte Aussenbeziehungen von Staaten. Dies beinhaltet eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Aussenbeziehung. Der Anteil des zertifizierten fairen Handels soll stetig erhöht und ein Lebens- und Wirtschaftsstil praktiziert werden, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt. Ausserdem sollen u.a. höhere Beiträge in die UNO-Entwicklungsfonds investiert werden, um

die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten voranzubringen.

**2. Nachhaltige Entwicklung.** Die nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten soll durch den Ausbau von Transformationspartnerschaften mit den Staaten Afrikas gesichert werden. In Kooperation mit anderen Ländern (stellvertretend für andere: Schweden, Österreich und die Niederlande) sollen vor allem die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens und Osteuropas einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU bilden können. Hierzu sollen Massnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung ergriffen werden. Verbunden damit ist das Ziel einer stabilen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland. Die damit einhergehenden klar geregelten Handelsbeziehungen bilden eine wichtige Grundlage für die Beendigung des politischen und militärischen Kräftenessens.

**3. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur.** Deutschland ist zwar Nato-Mitglied, soll ab dem Jahr 2040 allerdings nur noch einen zivilen Beitrag leisten. Sicherheit soll nicht mehr national gedacht werden, sondern weltweit als Massstab gemeinsamer Sicherheit unter Berücksichtigung der Interessen aller Teilnehmerländer. Deutschland soll hierbei jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau einer gesamteuropäischen UNO-Polizei unter dem Dach der OSZE investieren, die Konflikte mit zivilen Mitteln bearbeitet. Ausserdem soll Deutschland unter anderem mit über 5000 Polizei- und 50'000 zivilen Fachkräften zur internationalen UNO-Friedensmission beitragen.

**4. Resiliente Demokratie.** Ziel ist es, flächendeckende Mediationszentren für alle UNO-Mitgliedsländer zur Verfügung zu stellen, um gewaltsame inter- und intra-

gesellschaftliche Konflikte zu verhindern oder beizulegen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis fort- und ausgebildet werden. Hierbei soll die zivile Krisenprävention das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Aussen- und Sicherheitspolitik werden. Eine politische Bildung soll dazu beitragen, das Bewusstsein vom Wert einer freiheitlichen Demokratie zu fördern, die Zivilgesellschaft stärken und Extremismus und Radikalismus vorbeugen.

**5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.** Wissenschaftliche Studien entzaubern längst den Mythos von der Wirksamkeit der Gewalt und zeigen, dass sozialer Widerstand doppelt so wirksam ist wie bewaffnete Interventionen. Daher ist es unumgänglich, dass Deutschland und andere Staaten wie z.B. Österreich, Schweden und die Niederlande keine Waffen mehr exportieren. Die Bundeswehr soll komplett zum (internationalen) technischen Hilfswerk transformiert und in den nationalen und internationalen Polizeidienst überführt werden. Konfliktanalysen und Early-Warning-Abteilungen des Auswärtigen Amtes müssen ausserdem verstärkt werden.

Das entwickelte Szenario zeigt auf, wie bereits erprobte Instrumente gewaltfreier Krisenprävention weiterentwickelt werden können und Deutschland im Jahr 2040 als ziviler Akteur innerhalb von EU, OSZE, UNO und Nato mit anderen Staaten agieren könnte, wobei in ganz Europa sowie weltweit eine bewusste Lernkultur für gewaltfreie Konfliktbearbeitung entstehen würde. So könnte die Möglichkeit einer aktiven gewaltfreien Sicherheitspolitik Realität werden.

Janika Hoppe ist Studentin der Politikwissenschaft. Sie verfasste diesen Text im Rahmen ihres Praktikums beim Bund für Soziale Verteidigung.



# Wer oder was bedroht uns?

Der Ansatz der Autoren von «Sicherheit neu denken» ist anspruchsvoll: Sie wollen nicht bei einer Kritik des Militärs stehen bleiben, sondern konkrete Wege für einen Ausstieg aus der militärischen Sicherheitspolitik aufzeigen und einen Zeitplan aufstellen für ein militärfreies Deutschland bis zum Jahr 2040. Dass es hier vor allem um einen Diskussionsansatz geht, der den Blick für zivile Alternativen gegenüber traditionell militärisch verstandener Sicherheitspolitik öffnen soll, ist sinnvoll. Kritik am raschen vorgeschlagenen Zeitplan sollte dahinter zurückstehen.

/ Otmar Steinbicker /

Problematisch erscheint mir eher die Kopfgeburt des Herangehens, an dessen Ende ein militärfreies Deutschland stehen soll. Sicherlich ist seit dem ersten Entwurf eines solchen Szenarios manche Kritik berücksichtigt und verarbeitet worden, so dass einige arg phantastische Vorstellungen korrigiert und durch realitätsnähere Betrachtungen ersetzt wurden. Dennoch gibt es solche weiterhin. Die Vorstellung, die mir als eklatanteste aufgefallen ist, lautet: «Mit dem Islamischen Staat und seinen Unterstützern werden Gespräche aufgenommen, um humanitäre Erleichterungen durchzusetzen und um auszutesten, was politisch möglich ist. Entsprechend der Erfahrungen mit den Taliban führt dies mit der Zeit zur Überwindung der Gewalt.»

Da ich in den Jahren 2009 in den konkreten Gesprächsprozess zwischen den Taliban und dem ISAF-Hauptquartier eingebunden war, weiss ich, um was es in diesen Gesprächen ging. Als die Problematik des IS brisant war, habe ich in Vorträgen die Frage aufgeworfen, ob vielleicht Gespräche mit dem IS analog denen mit den Taliban möglich seien. Ich habe dabei aber deutlich das dicke Fragezeichen betont und mich strikt geweigert, diese Frage mit Ja oder Nein zu beantworten, sondern die Fragestellung genutzt, um einen differenzierten Blick auf Entstehungsgeschichte und Widersprüche innerhalb des IS herauszuarbeiten. Eine schematische Übertragung der konkreten Gesprächserfahrungen mit den Taliban erschien mir völlig undenkbar.

## Problematische Behandlung der Nato

Die Behandlung der Nato im Szenario ist ausgesprochen problematisch. Zwar wird zu Recht die OSZE als die in Zukunft entscheidende sicherheitspolitische Organisation für Konfliktlösungen definiert. Die Unverträglichkeit dieser Rolle der OSZE mit der Weiterexistenz der Nato wird aber ausgeblendet. Die Möglichkeit einer Auflösung der Nato zugunsten der OSZE wird nicht in Erwägung gezogen. Ein Szenario, in dem ein militärfreies Deutschland Mitglied der Nato bleiben kann und soll, mutet wenig durchdacht an.

Nimmt man die Thematik der Auslandseinsätze in Dimensionen des Afghanistankrieges aus dem Szenario heraus, weil diese auch von Bundesregierung und Bundeswehr so nicht mehr verfolgt werden, so bleibt nicht viel übrig, ausser mitunter interessante Detailspekte und -vorschläge wie etwa zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik mit Russland und seinen Verbündeten.

Problematisch zeigt sich auch der Ansatz des Szenarios, sicherheitspolitische Lösungsansätze fast ausschliesslich auf Deutschland zu beschränken. Da bleibt die Problematik der Militarisierung der EU aussen vor und auch die hochbrisante Gefahr eines Atomkrieges reduziert sich auf die Abschaffung der militärisch unbedeutenden 20 Büchel-Bomben. Die sicherheitspolitisch relevante Bedrohung durch den Klimawandel findet sich lediglich in Nebenbemerkungen.

## Zu kurz gedacht

Eine Struktur für eine zivile Sicherheitspolitik fehlt in dem Szenario vollständig. Allerdings ist hier den Autoren zugutezuhalten, dass Gleiches auch für die im Weissbuch 2016 der Bundeswehr definierte militärische Sicherheitspolitik gilt. Die Zeiten, in denen 1992 ein Konzept wie die «Verteidigungspolitischen Richtlinien» des Verteidigungsministeriums die Friedensbewegung geradezu einlud, ein Gegenkonzept als «Friedenspolitische Richtlinien» auszuarbeiten, sind wohl vorbei.

Gegen Ende der 1980er-Jahre kamen Militärs in Ost und West zu der Erkenntnis, dass auch ein grosser, weiträumig (etwa in Dimensionen des Zweiten

Weltkrieges) geführter rein konventioneller Krieg die europäische Zivilisation vernichten würde, allein schon wegen der seit 1945 gestiegenen Abhängigkeit von Elektroenergie. Dieser Erkenntnis wird auch heute von Bundeswehroffizieren nicht widersprochen. Wenn aber der grosse Krieg als auch nur gedachte Lösungsoption für zwischenstaatliche Konflikte (etwa mit Russland) ausscheidet, dann müssen andere, zwangsläufig zivile Formen für die Konfliktaustragung gesucht und gefunden werden.

## Konfliktlösungen mehr diskutieren

Dass Auslandseinsätze in Dimensionen des Afghanistankrieges scheitern, war führenden Militärs schon um 2009 bekannt. Ich erinnere mich noch gut an ein Gespräch im Mai 2009 mit General Friedrich Riechmann, dem damals schon pensionierten früheren Oberbefehlshaber der deutschen Auslandseinsätze, der das Scheitern des Afghanistaneinsatzes bereits auf den Dezember 2001 terminierte und eine zu dieser Zeit noch diskutierte Ausweitung von Einsätzen durch Aufstellung schneller Eingreiftruppen für schlicht unmöglich hielt. «Wir wissen, wie wir da reinkommen, wir wissen aber nicht, wie wir da wieder rauskommen», gab er damals zu bedenken.

Es waren die regierenden PolitikerInnen, die noch über Jahre auf ein «Weiter so» setzten, weil sie nicht oder zu wenig über Möglichkeiten einer zivilen Sicherheitspolitik nachgedacht hatten. Aktuell bevorzugen BefürworterInnen von Auslandseinsätzen eher kleine Einsätze einer begrenzten Zahl von Militärberatern und -ausbildnern, die möglichst nicht in Kampfhandlungen verwickelt werden sollen. Möglichkeiten von Konfliktlösungen werden in diesem Zusammenhang nicht diskutiert, das heisst, es werden auch keine militärischen Lösungen für die mitunter komplexen Konflikte gesehen. Das muss die Suche nach zivilen Lösungen verstärken. In ersten Ansätzen sind solche Überlegungen auch in Arbeiten des Auswärtigen Amtes zu finden. Diese sind noch ausbaufähig.

## Der Klimawandel bekommt ein stärkeres Gewicht

Obendrein haben in den letzten Jahren die Gefahren des Klimawandels stärkeres Gewicht in den sicherheitspolitischen Debatten gewonnen. Die jüngste

Fortsetzung Seite 25 rechte Spalte



# Aus pazifistischer Sicht

Das Konzept von «Sicherheit neu denken» will ein Modell des «Just Policing» entwickeln, ohne allerdings dessen Details auszuformulieren. Stattdessen berufen sich die Autoren auf die Studien von Werkner und Schlabach.<sup>1</sup> Kritik an diesem Konzept gibt es aber nicht nur aus anarchistischer Sicht, sondern es werden auch einige dem Konzept inhärente kritische Fragen gestellt. Dabei soll nicht in Zweifel gezogen werden, dass eine politische Bewegung in die von «Sicherheit neu denken» skizzierte Richtung natürlich ein grosser Fortschritt gegenüber dem Status quo wäre.

/ Christine Schweitzer /

*Was soll ersetzt werden? Wofür wird Militär eingesetzt, wovon reden wir, wenn wir über «militärische Intervention» sprechen?*

Wenn es um Überwindung von Gewalt gehen soll, dann muss die Ausgangsfrage lauten: Wofür wird Militär vorgehalten oder eingesetzt? Nach offizieller Lesart hat das Militär zwei Hauptfunktionen, die Verteidigung gegen einen Angriff und die Intervention in internationalen Krisen, sei es aus der Wahrnehmung einer Schutzverantwortung heraus oder sei es, weil diese Krisen «uns» auch bedrohen, wobei das «uns» stets nationalstaatlich, bestenfalls subkontinental gedacht wird. Zur Verteidigung gibt es eine Alternative, die ohne Waffen auskommt, die Soziale Verteidigung. (Bedauerlicherweise in «Sicherheit neu denken» als «zivile Verteidigung» fehlbenannt, denn zivile Verteidigung ist ein anderer Begriff für Zivilschutz im Verteidigungsfall.)

Wenn wir das zweifelhafte Konstrukt der «Schutzverantwortung» beiseite lassen, haben die militärischen Szenarien der Zukunft viel mit globalen Strategien der Vorherrschaft, mit der Sicherung endlicher Rohstoffe und der Abwehr von Migration zu tun. Der Vorschlag einer Polizeitruppe greift daher zu kurz. Eine Abschaffung von Militär muss einhergehen mit einer realistisch durchsetzbaren, aber radikal anderen Form von Politik und des Wirtschaftens, sonst werden sich die Staaten ihr Instrument «Militär» nicht nehmen lassen. Vielleicht ist ja eine positive Nebenwirkung der Corona-Kri-

se, dass der Mut zu grundlegenden Veränderungen in Zukunft steigt. So viel war im Frühjahr 2020 weltweit möglich, da die BürgerInnen die Einschränkungen nicht nur widerwillig akzeptierten, sondern in ihrer grossen Mehrzahl auch wollten, um sich und andere zu schützen. Vielleicht ist das ein erster Anstoss zu weiterem Umdenken.

*Was ist der Unterschied zwischen einer Polizeitruppe, den klassischen Blauhelmen und einer Friedenserzwingung?*

Wenn man den Unterschied beiseite lässt, dass UNO-Blauhelme von einzelnen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden, während die Polizei von «Sicherheit neu denken» von der UNO direkt aufgestellt werden soll, dann sind die Unterschiede weniger gross, als man meinen mag. Die erste, «klassische» Generation der Blauhelme trug Waffen nur zum Selbstschutz und war (und ist, es gibt solche Missionen weiterhin) defensiv orientiert. Allerdings: Wenn die Kriegsparteien sie nicht akzeptieren, dann sind sie weitgehend hilflos, denn ihnen fehlen Mandat und die notwendigen Waffen, ein Wohlverhalten zu erzwingen.

Aber «Friedenserzwingung» hat bislang fast nie funktioniert. Selbst falls der Wille da war, reichten die militärischen Kräfte nicht aus. Wenn man sich jetzt eine «Polizei» vorstellt, die das leisten soll, was selbst Nato und USA mit ihren militärischen Mitteln nicht schaffen, über was für Waffen und Zahlen reden wir da eigentlich? Welche Vernichtungsgewalt muss da angehäuft werden? Und was hat das noch mit «Polizei» zu tun?

*Fehlzanzeige: ziviles Peacekeeping?*

Es gibt signifikante Beweise, dass unbewaffnete Ansätze, besonders ziviles Peacekeeping, zur Friedenssicherung beitragen kann.<sup>2</sup> Ziviles Peacekeeping basiert darauf, dass unbewaffnete ausgebildete zivile Fachkräfte in einem Konfliktgebiet eine ständige Präsenz aufbauen. Sie verbinden Aktivitäten, die direkt der Gewaltprävention dienen, mit solchen, bei denen es darum geht, Konfliktparteien zusammenzubringen und die Fähigkeiten lokaler Gemeinschaften zu stärken, Gewalteskalationen zu widerstehen.

Viele Menschen finden es schwer zu verstehen, was unbewaffnete Friedensfachkräfte in einem gewaltsamen Umfeld erreichen können, da sie daran gewöhnt sind zu denken, dass Gewalt die einzige Quelle von Schutz sei. Es ist wahr, dass unbewaffnete ZivileInnen keine Mittel haben, etwas direkt zu erzwingen, und sich auch nicht mit Waffengewalt verteidigen – sie können Angreifer nicht töten oder durch Schüsse stoppen, wie es Soldaten können. Unbewaffnete PeacekeeperInnen haben jedoch ihre eigenen Quellen von Macht, und die Erfolgsbilanz der letzten Jahre gibt ihnen recht.

Aufgabenbereiche des zivilen Peacekeepings sind vorrangig der Schutz von Zivilbevölkerung in Kriegssituationen, der Schutz von besonders bedrohten Gruppen und Gemeinschaften, wie z.B. Vertriebenen oder ethnischen Minderheiten, dort wo Übergriffe gegen solche Gruppen drohen, sowie die Beobachtung von Waffenstillständen und die Schutzbegleitung von MenschenrechtsverteidigerInnen. Darüber hinaus beteiligen sich die zivilen PeacekeeperInnen aktiv am Aufbau und der Stärkung von lokalen Systemen der Frühwarnung und frühen Handelns gegenüber drohender Gewalt.

**Fazit**

Es wäre zu wünschen, dass bei einer eventuellen Weiterentwicklung des Konzepts von «Sicherheit neu denken» diesen gewaltfreien Ansätzen eine grössere Rolle eingeräumt würde. Sie müssen auch nicht notwendigerweise alternativ gedacht werden. Auch wenn es eine grössere Akzeptanz sichert, dass die Vereinten Nationen über eine Restmenge von Gewaltkapazitäten verfügen: Es sind gerade dieselben Vereinten Nationen, die in mehreren Berichten den Ansatz des zivilen Peacekeepings als wirksam hervorheben. Warum also zumindest nicht auch den Ausbau des zivilen Peacekeepings vorschlagen?

**Anmerkungen**

1 Schlabach, Gerald (Hrsg. 2007): *Just policing, not war*. An alternative response to world violence. Collegeville, Minnesota; Werkner, Ines-Jacqueline et al. (2017): *Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention?* Heidelberg: FEST.

2 Zu zivilem Peacekeeping siehe u.a.: Furnari, Julian, Schweitzer (2016): *Ziviles Peacekeeping*. Menschen wirksam schützen ohne Drohung oder Gewalt. Wissenschaft & Frieden, Dossier Nr. 83.

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin beim deutschen Bund für Soziale Verteidigung und Redakteurin des *FriedensForums*.

# Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich

*Martin Singe (Redaktion FriedensForum): Stefan, du bist Mit-Autor der Studie «Sicherheit neu denken» und am Versuch, das Konzept umzusetzen. In diesem Interview möchte ich einige kritische Punkte ansprechen, die mir bei Lektüre des Konzepts aufgefallen sind. Was sind deine wichtigsten Erfahrungen, wenn du das Konzept in Gruppen oder Gemeinden diskutierst?*

**Stefan Maaß:** Meine wichtigste Erfahrung ist die grosse Resonanz, die das Thema «Sicherheit neu denken» in Gemeinden auslöst. Ich biete seit Jahren Vorträge zu verschiedenen Friedensthemen an, aber noch nie habe ich so eine Resonanz erlebt. Viele Menschen haben ein ungutes Gefühl bezüglich der aktuellen Sicherheitspolitik, sie wünschen eine andere Sicherheitspolitik und sind auf der Suche nach Antworten. Natürlich löst die Vorstellung einer rein zivilen Sicherheitspolitik auch Ängste aus, und es ist wichtig, diese Ängste zuzulassen und sich bewusst zu machen, dass die Gewalt auch keine Sicherheit bringt. Das Thema Sicherheit spricht uns existenziell an, wie wir ja auch gerade in der Corona-Krise sehen können. Und wir müssen gemeinsam einen vernünftigen Weg finden.

*Wenn man das Konzept zum ersten Mal liest, denkt man sofort: Ist das Ganze nicht etwas blauäugig? Natürlich braucht man Utopien, um die Welt zu verändern. Aber fehlt im Konzept nicht eine gründliche Analyse der Macht- und Interessenverhältnisse verschiedenster Akteure und gesellschaftlich relevanter Gruppen, ich denke da etwa an Industrie- und Wirtschaftsverbände?*

**Maaß:** Wir haben mit der Szenariotechnik gearbeitet, das heisst, wir haben zuerst eine Analyse vorgenommen und dann unsere Szenarien entwickelt. In der zweijährigen Erstellungsphase mussten wir die Szenarien immer wieder überarbeiten und an die Ergebnisse neuerer Analysen anpassen. Das Szenario will Schritte zu einer zivilen Sicherheitspolitik skizzieren, und die badische Landeskirche wollte mit der Veröffentlichung einen positiven Impuls zur Friedens- und Sicherheitsdiskussion geben. Inzwischen hat sich jedoch

eine bundesweite Initiative gebildet, und wir werden das Szenario weiterentwickeln und möchten hier ausdrücklich ermutigen, weitere Expertisen miteinzubringen und mit uns zu diskutieren.

*Letztlich geht das Konzept davon aus, dass eine Meinungsmehrheit zu diesem Thema herstellbar ist und diese dann auch politisch zum Tragen kommen. Glaubst du wirklich, in den von euch historisch relativ kurz veranschlagten Zeiträumen eine Mehrheit für das Konzept gewinnen zu können? 2023 sollen schon 40 Prozent der BürgerInnen hinter dem Konzept stehen, 2024 bereits 60 Prozent, und der deutsche Bundestag schliesst sich 2025 brav an und beschliesst den Umstieg zur zivilen Sicherheitspolitik – so euer Szenario.*

**Maaß:** Grundsätzlich halte ich das Erreichen der Zahlen in den Zeiträumen im optimalen Fall für möglich. Zur Analyse in unserem Szenario haben wir nicht nur negative Kräfte und Entwicklungen betrachtet, sondern auch die positiven Erfahrungen wahrgenommen. Die verschiedenen sozialen Bewegungen haben in Deutschland in den letzten Jahrzehnten viel zu einer Bewusstseinsveränderung der Bevölkerung beigetragen. Wenn wir uns z.B. anschauen, in welchen kurzen Zeiträumen plötzlich in den Schulen Mediation und Streitschlichtung Ende der 1990er-Jahre eingeführt wurden, dann lag das auch mit daran, dass Eltern eine andere Konfliktkultur in der Schule wollten. Auch wenn ich selbst mit der Umsetzung der Mediation nicht zufrieden bin, so bietet sich dennoch vielen SchülerInnen dadurch die Möglichkeit, punktuell ein anderes Konfliktverständnis zu erfahren. Und mit dieser Voraussetzung fällt es auch leichter zu verstehen, was «Sicherheit neu denken» will.

Auch Fridays for Future haben gezeigt, wie schnell sich manchmal die politische Stimmung ändern kann. Persönlich glaube ich, dass die positive Ausrichtung des Szenarios Menschen anspricht. Es geht nicht nur gegen die bisherige Sicherheitspolitik, sondern für eine zivile Sicherheitspolitik. Die Mehrheit der Bevölkerung ist seit Jahren gegen Rüstungsexporte, Kriegseinsätze und auch gegen Atomwaffen, doch viele Menschen sehen

nicht, wie eine Alternative aussehen kann. Deshalb plant die Initiative «Sicherheit neu denken» eine Bildungskampagne, um mehr Menschen zu erreichen.

*Unterschätzt ihr nicht die institutionellen und politischen Widerstände gegen das Konzept im globalen Kapitalismus und im in der Nato verwurzelten Staat? Militarismus und Bundeswehr sind inzwischen zur Staatsraison erhoben worden. Deutsche und europäische Rüstungsindustrien haben eine starke Lobby. Glaubt ihr im Ernst, die Nato würde zivile Mitglieder akzeptieren – und wenn: Wäre es dann nicht absurd, selbst abzurüsten und weiterhin in einer (auch atomar) hochgerüsteten Nato zu bleiben?*

**Maaß:** Uns ist völlig klar, dass es politischen und institutionellen Widerstand geben wird. Dieser wird umso grösser sein, wenn lediglich Deutschland eine Sonderrolle einnehmen wird. Deshalb freue ich mich, dass jetzt die niederländische Übersetzung veröffentlicht wurde. Wir brauchen auch andere Länder, die sich für eine zivile Sicherheitspolitik einsetzen. Ich glaube jedoch, dass es auch bei den Militärs zunehmend Zweifel an der bisherigen Sicherheitspolitik gibt, insbesondere an der Begründung.

Nehmen wir einfach mal das Beispiel der Erhöhung der Ausgaben auf zwei Prozent. Das Hauptargument, das ich höre, ist, dass wir es versprochen haben und unsere Bündnispartner nicht enttäuschen dürfen. Oder es wird argumentiert, dass unsere Sicherheit bisher von den anderen Staaten mitgetragen wird. Deshalb ist es uns wichtig, dass es uns nicht darum geht, dass Deutschland weniger bezahlt, sondern dass das Geld sicherheitspolitisch sinnvoller eingesetzt wird, indem man die Ursachen der Konflikte angeht. Ob die Nato zivile Mitglieder akzeptiert oder nicht, wird man am Ende eines längeren Diskussionsprozesses sehen. Rechtlich möglich ist es auf jeden Fall.



Bei euch treten als Akteure vor allem die Kirchen und Gemeinden auf. Wo bleiben die vielen basisgesellschaftlichen Initiativen, die sich kapitalismuskritisch mit sozialen, ökologischen, friedens- und anderen politischen Themen beschäftigen?

**Maaß:** Wir sind zwar der Ansicht, dass die Kirchen eine wichtige Rolle spielen können und sollten, dies soll jedoch nicht die Bedeutung der anderen Gruppen schmälern. Im Gegenteil, wir brauchen alle Gruppen. Wir glauben, dass die Gruppen ihre bisherigen Aktivitäten weiterführen können und damit auch «Sicherheit neu denken» unterstützen. Das Wissen um die Existenz dieser Gruppen ist, wie ich bereits sagte, auch in unsere Einschätzung, in welchen Zeiträumen Veränderungen möglich sind, geflossen.

Das Gleiche gilt auch für die Gewerkschaften, sie werden in der nächsten Zeit noch grosse Bedeutung haben, wenn es darum geht, für sichere Arbeitsplätze zu sorgen. Gerade die Corona-Krise zeigt die Missstände wie unter einer Lupe besonders gross. Ganz gleich, ob es um das Thema Anerkennung von Pflegeberufen oder das Spargelstechen geht oder um die Frage, weshalb Atemschutzmasken aus China importiert werden müssen. Wir brauchen massive Veränderungen, und auch in diesem Bereich muss Sicherheit neu gedacht werden.

Besten Dank für deine Antworten auf unsere Fragen an dich bzw. an das Konzept «Sicherheit neu denken». Vielleicht ein kurzes Schlusswort von dir?

**Maaß:** Ich freue mich, dass sich inzwischen so viele Menschen für «Sicherheit neu denken» engagieren. Als wir in der badischen Landeskirche vor acht Jahren einen friedensethischen Diskussionsprozess gestartet haben, hätte auch ich nicht gedacht, dass wir zwei Jahre später beschliessen, «Kirche des gerechten Friedens zu werden». Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir es schaffen können, eine andere Sicherheitspolitik einzuläuten.

Martin Singe ist Redakteur des FriedensForums und arbeitet für das Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Stefan Maaß ist Sozialpädagoge und Mitarbeiter der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (BRD).

## Themenschwerpunkt im FriedensForum

Das deutsche Magazin *FriedensForum* brachte in der Juli/August-Ausgabe 4/2020 einen Schwerpunkt zu «Sicherheit neu denken». Das Dossier in dieser FRIEDENSZEITUNG besteht aus einer Auswahl dieser Texte. Hier eine Kurzzvorstellung aller Beiträge im *FriedensForum*:

– Ralf Becker: «Wir leben in Zeiten grosser Transformation»: Im einleitenden Text ordnet der Autor das Konzept in die Entwicklung von Krisenprävention und Konfliktbearbeitung seit den 1990er-Jahren ein, erläutert die fünf Säulen des Konzepts und stellt den aktuellen Stand der Entwicklung dar.

– Janika Hoppe stellt «Das Szenario in Kürze» vor, bei uns auf Seite 21.

– Martin Singe wirft im Interview mit Stefan Maaß Fragen zum Konzept auf, bei uns auf Seite 24.

– Stefan Maaß erläutert unter «Mobilisierung für eine zivile Sicherheitspolitik» die Bildungs- und die politische Kampagne, mit denen die Realisierung des Szenarios erreicht werden soll.

– Kerstin Delbert stellt unter «Sicherheit neu denken in die öffentliche Diskussion bringen» vor, wie die Schulung von MultiplikatorInnen organisiert wird, mit einem Hinweis auf die Fülle von Informations- und Bildungsmaterial.

– Hans-Georg Ehrhart setzt sich mit der Frage auseinander: «Sind robuste Militärinterventionen hilfreich, Konflikte im Globalen Süden zu lösen?»

– Theodor Ziegler setzt sich unter dem Titel «Eine internationale Polizei als Element einer zivilen Sicherheitspolitik?» mit dem Vorwurf des «Polizeipazifis-

mus» auseinander und erläutert, wie mit «Just Policing» der Verzicht auf nationale Armeen möglich wird, doch wenn dies unausweichlich wird, Zwangsgewalt nur gemäss polizeilichen Kriterien ausgeübt werden darf.

– Christine Schweitzer hinterfragt aus pazifistischer Sicht «Just Policing – eine Alternative zu militärischer Intervention?». Bei uns auf Seite 23.

– Renate Wanie sieht in «Sicherheit neu denken» und Sozialer Verteidigung «zwei sicherheitspolitische Konzepte». Ihre Hauptfrage ist, wie sich Soziale Verteidigung (verstanden als Verteidigung bewahrenswerter sozialer Strukturen) in die vierte Säule «Resiliente Demokratie» des Konzepts integrieren liesse.

– Otmar Steinbicker stellt seine kritischen Anmerkungen unter die Frage «Wer oder was bedroht uns?», bei uns auf Seite 24.

– Christoph Neeb fragt sich unter dem Titel «Lediglich eine Utopie?», ob «Sicherheit neu denken» nicht zu stark von Wunschdenken und zugleich statischem Denken geprägt sei, das zwar zukunftsgerichtet gemeint, aber tatsächlich eher rückwärtsgewandt sei und mehr an die Welt der 1980er- und 1990er-Jahre erinnere als an die heutige.

– Angela Mickley hat unter «Sicherheit neu denken aus friedenspädagogischer Sicht» einige grundlegende Fragen zur Umsetzung.

– Abschliessend interviewt Renate Wanie Angelika Wilmen von IPPNW zur Frage: «Szenario Sicherheit neu denken – ein umsetzbarer Weg?»

[www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben](http://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben)

Fortsetzung von Seite 22

Studie vom 24. Februar 2020 des National Security, Military and Intelligence Panel (NSMIP) aus den USA geht in ihren Konsequenzen weit über die Vorschläge der «Fridays for Future»-Bewegung hinaus. Dass es hier keinerlei militärische Lösungsansätze geben kann, ist allen bewusst. Ebenso klar ist, dass die notwendigen Massnahmen gegen die Folgen des Klimawandels einen enormen finanziellen Aufwand erfordern.

Unter diesen veränderten Bedingungen macht es aus friedenspolitischer Sicht Sinn, sehr ernsthaft die Frage in den Vordergrund zu rücken: «Wer oder was

bedroht uns?» Die Antworten dürften das komplette Scheitern militärischer Ansätze und die Notwendigkeit einer ausgefeilten zivilen Sicherheitspolitik deutlich machen. Wenn das Szenario «Sicherheit neu denken» mitunter den Eindruck einer Kopfgeburt macht, so könnte die Fragestellung «Wer oder was bedroht uns?» die Überlegungen über einen Ausstieg aus der militärischen und einen Einstieg in die zivile Sicherheitspolitik vom Kopf auf die Füsse stellen.

Otmar Steinbicker ist Redakteur des *FriedensForums* und von [aixpaix.de](http://aixpaix.de). Der Beitrag wurde um BRD-spezifische Überlegungen gekürzt, der vollständige Text ist im *FriedensForum* 4/2020 zu lesen.

